



Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,

der Versand dieses Newsletters stellt auch die Halbzeit dieser Legislatur dar. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren viel erreichen können. Auch wenn es nicht immer „unten“ ankommt, so ist viel geschehen. Die Zahl der Beschäftigung bewegt sich 2015 auf Rekordniveau, die Wirtschaft wächst, der Bund nimmt keine neuen Schulden auf. In der Koalition hat die Union durchgesetzt, dass keine Steuern erhöht werden, die Verkehrsinfrastruktur und die Breitbandnetze werden ausgebaut. Mit den Reformen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind wir in der Lage die Flüchtlinge zu integrieren, die bei uns Asyl erhalten. Mit den Vorhaben in der zweiten Jahreshälfte wird die unionsgeführte Bundesregierung weitere wichtige Schritte gehen. Ich freue mich, Sie wieder ab September über meine Arbeit in Berlin zu informieren und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Urlaubszeit.

Herzlichst Ihre

Ihre Abgeordnete für den Wahlkreis Essen II

## Allein in Griechenland...

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat griechischen Forderungen nach bedingungslosen Finanzhilfen eine klare Absage erteilt. In einer Bundestagsdebatte am Mittwoch sagte die Kanzlerin, im Streit zwischen der Regierung in Athen und den restlichen 18 Mitgliedern der Euro-Zone könne es „keinen Kompromiss um jeden Preis“ geben.

Vielmehr müsse man darauf achten, dass „die Stabilität der Euro-Zone keinen Schaden nimmt“. Gleichzeitig betonte Merkel, dass die Tür für Gespräche offen bleibe. „Das sind wir den Menschen schuldig, und das sind wir auch Europa schuldig.“

Europa sei eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft, betonte die Kanzlerin. Hier gelte das Prinzip Solidarität und Eigenverantwortung, Leistung und Gegenleistung. An die Adresse der Opposition gerichtet sagte sie, gute Europäer seien nicht diejenigen, die Kompromisse um jeden Preis schlossen, sondern diejenigen, die europäische Verträge und

nationales Recht achteten und so für Stabilität in der Euro-Zone sorgten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erinnerte daran, dass die EU-Partner Griechenland schon in erheblichem Maße bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise geholfen haben. Die beiden seit 2010 gewährten Hilfspakete umfassten 240 Milliarden Euro, und der Privatschuldenschnitt 2012 habe einen Umfang von 100 Milliarden Euro gehabt. Bei der Erfüllung der Reformzusagen, die Teil der Pakete waren, forderte er von der griechischen Regierung Verlässlichkeit. „Man muss einhalten, was man vereinbart hat“, sagte er. Sonst werde das Vertrauen in die Euro-Zone untergraben.

Es wird davon ausgegangen, dass in der Parlamentarischen Sommerpause eine Sondersitzung zum weiteren Vorgehen in Griechenland stattfinden wird. Sollte es wieder „nur“ um eine Verlängerung zum Vorlegen der Reformpläne handeln, werde ich erneut mit NEIN stimmen.



## Parlamentarische Sommerpause

Die parlamentarische Sommerpause dauert in der Regel zwei Monate, von Juli bis August. In dieser Zeit finden im Deutschen Bundestag keine Sitzungen statt. Die Abgeordneten widmen sich in dieser Zeit ihrem Wahlkreis, befassen sich mit Detailfragen, planen Sitzungen und Anhörungen und bereiten Gesetzentwürfe für den Herbst vor. Außerdem steht die Nachbereitung der beschlossenen Gesetze und eingebrachten Gesetzesinitiativen an.

Unter besonderen Umständen sind Unterbrechungen der parlamentarischen Pause durch die Einberufung von so genannten Sondersitzungen möglich. So ist es in Art. 39 Abs. 3 des Grundgesetzes festgeschrieben. (Quelle: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))

In dieser Ausgabe:

Allein in Griechenland...

Sanktionen bei Pflichtverletzungen

Sterbebegleitung zwischen Verbot und Liberalisierung

Juttas Woche in Essen



## Sanktionen bei Pflichtverletzungen

Im Sozialgesetzbuch II ist das Prinzip des Förderns und Forderns verankert. Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) unterliegen in Ergänzung zu staatlichen Leistungen auch der Pflicht gegenüber dem Jobcenter, sich regelmäßig zu melden, Termine beim Jobcenter einzuhalten und Arbeitsangebote anzunehmen. Dementsprechend werden Pflichtverletzungen mit Sanktionen belegt, die auch zu Leistungskürzungen führen können.

Lediglich 3 % der Leistungsempfänger werden sanktioniert, der überwiegende Anteil von 97 % verhält sich korrekt. Um insbesondere bei Jugendlichen unter 25 Jahren das Abrutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, können bei unter 25-Jährigen sogar noch strengere Sanktionen verhängt werden.

Aktuell wird diskutiert, die strengeren Sanktionen für Jugendliche abzuändern und an die Sanktionen für Erwachsene anzugleichen.

In einer öffentlichen Anhörung, die am Montag, den 29.06.2015 stattfand, diskutierte der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit Experten darüber.

Insbesondere die Arbeitgeber und die Wirtschaft plädierten für die Beibehaltung der strengeren Regelung, da sie für eine engere Kooperation der Arbeitsuchenden mit dem Jobcenter führe und letztlich die Integration in den Arbeitsmarkt beschleunige.

Caritas und Diakonie sprachen sich für die Abschaffung bzw. Begrenzung auf 30 % aus, da Leistungskürzungen im Extremfall auch zu Wohnungslosigkeit führen und die Jugendlichen dann verlorengehen könnten.

Die kommunalen Spitzenverbände plädierten für eine Angleichung an die Sanktionen für Erwachsene, auch um den bürokratischen Aufwand für die Jobcenter-Mitarbeiter abzubauen.



In der CDU/CSU wollen wir bis Herbst zu einer Lösung kommen, die im Rahmen der geplanten Rechtsvereinfachung im SGB II dann umgesetzt werden soll.

## Sterbebegleitung zwischen Verbot und Liberalisierung

Der Bundestag hat am Donnerstag, 2. Juli 2015, intensiv über eine mögliche Regelung zur Sterbehilfe debattiert. Im Mittelpunkt der möglichen Regelung steht dabei die Frage nach dem assistierten Suizid, das heißt, wer Sterbewilligen unter welchen Umständen helfen darf. Eine aktive Sterbehilfe, also eine Tötung auf Verlangen, wird aktuell nicht diskutiert.

Bereits im November 2014 hatten die Abgeordneten in einer teils emotionalen Orientierungsdebatte über die Sterbebegleitung gesprochen. In der aktuellen Diskussion ging es nun um vier Gesetzentwürfe, die von fraktionsübergreifenden Gruppen im Bundestag eingebracht wurden.

Die Bandbreite reicht von einem strafbewehrten Kompletterbot der Anstiftung und Beihilfe zum Suizid für Ärzte, Sterbehilfevereine und auch Angehörige bis hin zu einer positivrechtlichen Liberalisierung der Hilfe zur Selbsttötung.

Das Verbot fordert ein Gesetzentwurf (18/5376) von Prof. Dr. Patrick Sensburg, Thomas Dörflinger (beide CDU/CSU) sowie 33 weiteren Unterzeichnern.

Am anderen Ende des Spektrums steht ein Entwurf (18/5374) von Bundes-

tagsvizepräsident Peter Hintze (CDU), Dr. Carola Reimann (SPD) sowie 105 weiteren Abgeordneten, der darauf abzielt, durch eine Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch die Suizidbeihilfe für Ärzte zu ermöglichen und zu regeln. Voraussetzung dafür soll eine irreversible, tödliche Krankheit sein, deren voraussehbare Leiden ein Patient durch einen Suizid abwenden möchte.

Ein Vorschlag (18/5375) von Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Petra Sitte (Die Linke) sowie 51 weiteren Unterzeichnern sieht vor, die seit 1871 geltende Straffreiheit von Beihilfe zum Suizid positivrechtlich festzuschreiben. Davon umfasst sein soll auch die Beihilfe sowohl durch Ärzte, die aktuell in vielen Ärztekammern durch Landesrecht untersagt ist, als auch durch Organisationen und Vereine, sofern sie keine kommerziellen beziehungsweise gewerbsmäßigen Absichten verfolgen. Der Vorschlag sieht nicht vor, auf bestimmte Krankheitskriterien abzustellen.

Der nach Zahl der Unterzeichner bisher am stärksten und auch von mir unterstützte Vorschlag (18/5373) wurde von Michael Brand (CDU/CSU), Kerstin Griese (SPD) sowie 208 weiteren Abgeordneten vorgelegt. Vorgesehen ist, die geschäftsmäßige Suizidas-

sistenz durch Ärzte, Einzelpersonen oder Organisationen unter Strafe zu stellen, ganz gleich ob mit kommerzieller oder nichtkommerzieller Absicht. Nur in Einzelfällen beziehungsweise durch Angehörige oder dem Sterbewilligen nahestehende Personen soll die Hilfe zur Selbsttötung wie auch bisher erlaubt bleiben.

Grundsätzlich einig waren sich die Abgeordneten darin, dass die Palliativ- und Hospizversorgung gestärkt werden müsse.

Die Informationen und Erfahrungen aus den Gesprächen in Essen mit den Fachleuten aus der Hospiz- und Palliativpflege werde ich nun in den kommenden Expertengesprächen einbringen.

Im November wird es in Essen zum weiteren Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung noch Veranstaltungen mit Vertretern der Stadt und der Bundesregierung geben.

Die Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz findet voraussichtlich am Mittwoch, 23. September 2015, statt.



## Juttas Woche (22.06. bis 28.06.2015)

Die Woche in Essen begann am Montag mit einem Treffen mit dem Geschäftsführer des Franz-Sales-Hauses. Wir diskutierten über weitere Handlungsmöglichkeiten in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit stand auch bei der Veranstaltung der Joborientierung Essen unter Leitung von Ulrike Geffert im Vordergrund. Wir diskutierten im parteiübergreifenden Fachgespräch über die aktuelle Lage und welche weiteren Veränderungsbedarfe aus der Bundespolitik notwendig seien. Im Anschluss an das Fachgespräch nahm ich an dem Kinderfest „Kunterbunter Sommerzauber“, an dem auch die Junge Union Essen (JU) vertreten war, teil. Es ist schön zu sehen, wie junge Leute sich engagiert für die Politik einbringen und



die aktuellen Probleme, die mit politischen Veränderungen beseitigt werden können. Gleichzeitig ist es beeindruckend zu sehen, mit wieviel Nächstenliebe die Bewohner der Einrichtung betreut werden.

über die aktuellen politischen Fragen diskutieren. Zum Abend traf ich mich mit der Ortsvorsitzenden Stefanie Kuhs zur Besichtigung der Arche in Steele. Auch hier sprachen wir über



auf meine Einladung hin die verschiedensten Einrichtungen zum Thema Flüchtlingspolitik, Prostitution und Straßenkriminalität. Lesen Sie hierzu mehr auf meiner Homepage.

Am Samstag traf ich die hauptamtlichen und den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des THW-Essen. Wir sprachen zum einen über die Problematiken des Katastrophenschut-

Am Donnerstag besuchte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Sabine Weiss

zes aber auch über die eigenen internen organisatorischen Herausforderungen. Besonders die Frage der weiteren Nut-



zung der bisherigen Liegenschaft ist eine große Hausaufgabe, die ich mit nach Berlin nehme.

Das Benefizkonzert des Essener Polizeichors schloss die interessante Woche.



### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567  
Fax 030 227-76569

#### Büro Essen

Blücherstraße 1  
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68  
Fax 0201 80 6738 70

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

[www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)

[jutta.eckenbach@bundestag.de](mailto:jutta.eckenbach@bundestag.de)